

Köln, Davos und Stuttgart – tragisches Schauspiel in drei Akten

[1 Kommentar](#)

03.02.2016

von unserem 1. Vorsitzenden Hajo Betz

Erster Akt: Köln

Es ist nun nahezu einen Monat her, seit die Übergriffe in Köln und auch an den Bahnhöfen in anderen Städten sowie in der Reeperbahn auf St. Pauli Schockwellen durch unsere Gesellschaft geschickt haben.

Nach der anfänglichen Weigerung der staatstragenden Medien (sowohl der etablierten Zeitungsverlage als auch der öffentlich-rechtlichen Medien), über die Vorkommnisse zu berichten, kommt scheinbar eine Wahrheit ans Licht, die geeignet ist, die politische Landschaft in Deutschland zu verändern.

Nachdem lange genug geleugnet wurde, dass manche Migrantengruppen überproportional häufig in der Kriminalstatistik vertreten sind und in manchen Bundesländern (Beispiel Berlin) 80 % der Intensivtäter einen Migrationshintergrund haben, kommt ans Licht, dass dieses „Kartell des Verschweigens“ System hat. Sowohl in den Richtlinien der Polizei als auch in der Presseordnung ist festgehalten, dass die ethnische Zuordnung von Tätern in der Berichterstattung nicht gewollt ist.

Dazu gibt es von verschiedenen Landespolizeibehörden Studien schon aus der Mitte der 90er Jahre, die diesen Zusammenhang dokumentieren. Aber die entsprechenden Studien werden i.d.R. im Giftschränk versteckt, und, sofern diese Studien und Untersuchungen der Öffentlichkeit in irgendeiner Form zugänglich gemacht werden, wird immerwährend betont, dass diese Zahlen mit äußerster Vorsicht zu interpretieren sind. Zu finden sind diese Unterlagen allerdings nur sehr schwer. Wenn man nicht den genauen Titel des jeweiligen Dokuments kennt, ist intensive Recherchearbeit notwendig, um die Dokumente überhaupt in den Zugriff zu bekommen.

Dabei muss natürlich auch ganz klar gesagt werden, dass ein überwiegender Teil der Menschen mit Migrationshintergrund auch von den in den Studien als problematisch beschriebenen Ethnien rechtschaffene Menschen und Bürger sind, die alles in ihren Kräften Stehende tun, um einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Diese durchaus einseitige bisherige Berichterstattung ist aber durchaus geeignet, die Ressentiments von „besorgten Bürgern“ zu befeuern. Ein offener und transparenter Umgang ist angebracht, ohne dass der jeweilige Berichterstatter gleich in der rechten Ecke verortet wird.

Natürlich gibt es in Deutschland zahlreiche rechtsradikal motivierte Straftaten gegen Ausländer. Aber auch hier muss die Berichterstattung transparenter und professioneller werden. Denn bei den über 100 Bränden in Asylseinrichtungen wird i.d.R. unmittelbar nach dem Brand lauthals in der Presse ein rechtsradikaler Anschlag vermutet und darüber berichtet, dass der Staatsschutz entsprechende Ermittlungen aufnimmt. Wenn im Nachgang zur Untersuchung eines entsprechenden Vorfalls herauskommt, dass der Brand auf technisches Versagen zurückzuführen ist oder gar von den Bewohnern der entsprechenden

Asyleinrichtung selbst verursacht oder bewusst gelegt wurde, findet dies allenfalls noch regionalen Niederschlag in der entsprechenden Tagespresse in den Regionalseiten, wenn es denn überhaupt Erwähnung findet.

Tatsache ist – und das muss einfach festgehalten werden: der überwiegende Teil an Bränden in entsprechenden Asyleinrichtungen ist entweder auf technisches Versagen zurückzuführen oder wurde fahrlässig oder sogar mit Absicht durch die Bewohner gelegt.

Damit sollen nun auf keinen Fall die rechtsradikalen Straftaten kleingeredet werden. Aber es gibt auch hier einen eklatanten Unterschied zwischen der medialen Darstellung und dem tatsächlichen Geschehen. Ein Fakt, den sich radikale Kräfte, Verschwörungstheoretiker, „patriotische Europäer“, „besorgte Bürger“ und nicht zuletzt die AfD zunutze machen.

Auch der Versuch von interessierten Kreisen, die Übergriffe gegen Frauen in Köln und anderswo als Männergewalt gegen Frauen zu titulieren und so aus der Verhaftung zwischen ethnischen und kulturellen Ursachen zu lösen, ist fadenscheinig, kommt doch der überwiegende Teil der Täter von Köln aus Ländern, in denen Frauen als Menschen zweiter Klasse gehalten werden, oder gar, wie zum Beispiel in Saudi-Arabien, als Eigentum des Mannes angesehen werden, über das er frei verfügen kann (weibliche Familienangehörige in Saudi-Arabien werden i.d.R. in die Reisepässe ihrer Ehemänner, Väter oder Brüder eingetragen).

Aber weil nicht sein kann, was nicht sein darf, und im Sinne der geltenden Political Correctness Asylanten, Zuwanderer und Migranten die Opfer sind und die Deutschen allenfalls als Täter in Frage kommen, scheint es für manche angemessen, die ethnisch-kulturellen Zusammenhänge zu ignorieren und die Vorkommnisse als Männergewalt gegen Frauen darzustellen.

Auch hier gilt: Frauen sind immer in der Opferrolle, Männer sind immer die Täter – wenigstens, wenn es nach der vorherrschenden politisch-korrekten Meinung geht.

Dass es umgekehrt ebenso Frauengewalt gegen Männer und institutionelle Benachteiligung von Männern gibt, kann seit einer Pilotstudie des Bundesministeriums für Familien, Soziales und Gleichstellung nicht von der Hand gewiesen werden.

Aber auch hier gilt, dass alles, was nicht ins politisch-korrekte Bild passt, ausgeblendet wird. Die entsprechende Pilotstudie kann auf der Homepage des Ministeriums nur gefunden werden, wenn man den genauen Titel kennt. Die in der Pilotstudie angeregte Vollstudie zur Untersuchung des Themenkomplexes ist auch zehn Jahre nach der entsprechenden Empfehlung nicht einmal in Angriff genommen worden.

Zweiter Akt: Davos

Wenn man das Geschehen in Davos aufmerksam verfolgt hat, kommt man nicht umhin festzustellen, dass Bundespräsident Gauck dort einige sehr bemerkenswerte Sätze gesagt hat. Beispielsweise, dass es durchaus ethisch und moralisch geboten sein kann, eine entsprechende Obergrenze für Flüchtlinge zu definieren, um die Akzeptanz der Bevölkerung nicht überzustrapazieren. Oder aber auch, um nicht das Integrationsvermögen des entsprechenden Landes oder die Ressourcen zu überlasten, was zu einem Verlust der rechtsstaatlichen Ordnung führen könne (einem Standpunkt der durch das Grundgesetz abgedeckt ist und den ich vor Monaten bereits vertreten habe).

Reduziert man die Aussagen von Gauck auf den eigentlichen Kern und entfernt das salbungsvolle pastorale Geschwurbel aus der Formulierung, bleiben Sätze stehen, für die vor sechs Monaten jeder Pegida- und AfD-Anhänger applaudiert hätte.

Gleichzeitig sollte jedem klar sein, dass Angela Merkel mit ihrer Öffnung der Grenzen geltendes EU-Recht verletzt und eine problematische Situation herbeiführt.

Rupert Scholz ist ein deutscher Politiker (CDU) und Staatsrechtler. Er sieht erhebliche Rechtsverstöße durch Regierung. „Wenn man sich einmal die Flüchtlingsentscheidungen der Bundesregierung im einzelnen ansieht, dann sind hier erhebliche Rechtsverstöße durch die Bundesregierung begangen worden“, so Scholz. „Wir haben das Abkommen von Dublin gebrochen, wir haben den Vertrag von Schengen gebrochen.“

„Man habe das Asylverfahrensgesetz faktisch teilweise außer Kraft gesetzt. Man hat sogar den Artikel 16 a des Grundgesetzes, den Asylartikel, auch nicht voll verfassungsmäßig gehandhabt – etwa mit der Aussage, ´alle Syrer bekommen bei uns Asyl´.

„Das Asylrecht ist ein Individualrecht“, erklärt Professor Scholz. Jede Person muss also individuell nachweisen, dass sie in ihrer Heimat politisch verfolgt wird. Also kann man nicht pauschal sagen, alle Syrer bekämen Asyl.

„Der Artikel 16a des Grundgesetzes sagt, dass bei uns niemand Anspruch auf Asyl hat, der aus einem sicheren Drittstaat kommt. Die Flüchtlinge die zu uns kommen, kommen alle aus sicheren Drittstaaten: Österreich, Kroatien, Ungarn, und so weiter.“ Das Asylverfahrensgesetz sage das gleiche.

Natürlich verdienen die Menschen, die aus Kriegsgebieten nach Deutschland fliehen, unseren Schutz und unsere Hilfe. Aber sie müssen es sich auch gefallen lassen, dass sie, sofern sie ihre Identität nicht zweifelsfrei nachweisen können, erkennungsdienstlich behandelt werden. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nun unter großem Getöse des Bundesinnenministeriums unter Lothar de Maizière angekündigt.

Diese Informationen müssen dann aber auch innerhalb von Europa vernetzt werden. Nur so kann verhindert werden, dass beispielsweise an der deutsch-französischen Grenze ein Flüchtling auf beiden Seiten als Flüchtling registriert wird und staatliche Zuwendungen erhält. Bislang, und das zeigt ein Attentäter aus Paris, war es problemlos möglich, dass ein Asylsuchender an mehreren Registrierungsstellen registriert wird und unabhängig an allen Registrierungsstellen entsprechende Zuwendungen erhält. Das kann nicht im Sinne rechtsstaatlicher Ordnung sein.

Leider ist es auch so, und das wird die Zukunft weisen, dass zwischen den syrischen und afghanischen Flüchtlingen in der Zwischenzeit eine Vielzahl von Flüchtlingen aus dem nordafrikanischen Raum zu finden ist, die wohl aus rein wirtschaftlichen Erwägungen Asyl in Deutschland suchen. Ebenfalls ist anzunehmen, dass im Rahmen der aktuellen Migrationswelle Terroristen und andere Kriminelle ihre Chance sehen, in der großen Anzahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen unterzutauchen.

Warum zeigt hier Deutschland nicht die pragmatische Haltung von Kanada? Der kanadische Premierminister hat sinngemäß gesagt

„Wir bieten hier euch Schutz und Hilfe,
wir werden aber keine neuen Moscheen bauen,
ihr habt unsere Regeln und Feiertage zu achten,
wir werden wegen euch unsere Gewohnheiten nicht verändern
und wenn euch hier etwas nicht gefällt steht es jedem frei dieses Land wieder zu verlassen.“

Eine entsprechend klare Formulierung aus dem Mund eines deutschen Politikers ist kaum vorstellbar. Jeder hätte sofort Angst, in die rechte, braune Schmutzdecke gestellt zu werden.

Letzter Akt: Stuttgart

In wenigen Wochen sind in zwei Bundesländern Landtagswahlen. Der SWR in Stuttgart wollte zu diesem Thema alle Parteien zu einer Podiumsdiskussion zusammenführen, die live im Fernsehen übertragen werden sollte. Eingeladen sollten alle Parteien werden, die mit einer gewissen Sicherheit ins Parlament einziehen. Nachdem die AfD in der Zwischenzeit zweistellige Umfrageergebnisse erzielt, hätte auch die AfD an einer entsprechenden Podiumsdiskussion teilnehmen müssen.

Nun weigerten sich aber Grüne und SPD, mit der AfD in einer entsprechenden Diskussionsrunde zusammen zu sitzen, um, wie sie selbst sagen, der AfD keine Darstellungsplattform zu gewähren.

Ganz abgesehen davon, dass man den Grünen und auch der SPD dabei nun durchaus ein mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen kann, denn – warum soll eine Partei, die Wähler im zweistelligen Prozentbereich mobilisieren kann, nicht vertreten sein?

Die Piraten sind keine Freunde der AfD. Wir haben bereits vor Jahren eindeutige und unstrittige Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefasst und konsequent umgesetzt.

Aber es gehört seit Voltaire zur politischen Kultur, auch anders Denkende zu Wort kommen zu lassen. Und die Grünen und die SPD vergeben dabei die Chance, dass sich die AfD bei einer entsprechenden Veranstaltung selbst demontiert. Wenn man den Eindruck erweckt, man könne gegen die AfD nicht argumentativ bestehen, treibt man ihr nur Stimmen zu.

SPD und Grüne agieren hier wie ein kleines Kind, das sich die Augen zuhält, um selbst nicht gesehen zu werden.

Autor: [content](#) Kategorie: [Allgemein](#).
[Permalink](#) für diesen Beitrag.